

Wir kommentieren zwei Aufrufe zu zwei Friedensdemonstrationen, die beide am 08.10.16 um 12 Uhr am Alexanderplatz in Berlin beginnen sollen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 114/16 – 22.08.16

Sollten Menschen, die in einem Atomkrieg alle sterben würden, nicht wenigstens gemeinsam gegen die Kriegstreiberei der USA und der NATO demonstrieren?

Der Berliner Friedenskoordination (s. <http://www.frikoberlin.de/>) ist es gelungen, zwei bundesweite Dachorganisationen, den Bundesausschuss Friedensratschlag (s. <http://www.friedensratschlag.de/>) und die Kooperation für den Frieden (s. <http://www.koop-frieden.de/>), für eine gemeinsame zentrale Friedensdemo am 8. Oktober 2016 in Berlin zu gewinnen. Auf einer Aktionskonferenz am 2. Juli in Dortmund hat man sich nach langen Vorbereitungen auf den nachfolgend abgedruckten Aufruf verständigt, den wir uns – was die Forderungen und die Adressaten angeht – zwar zielgerichteter und klarer gewünscht hätten, aber noch mittragen können. Trotzdem möchten wir ihn passagenweise in *friedensblauer Schrägschrift kommentieren*.



DIE WAFFEN NIEDER!

Demo in Berlin
8.10.2016

Kooperation statt NATO-Konfrontation
Abrüstung statt Sozialabbau

Auftakt: 12 Uhr
Alexanderplatz
Ecke Otto-Braun-Str.

Wir treten ein für eine solidarische und friedliche Welt, in der Vielfalt eine Stärke ist.
Auf unserer Demonstration gibt es keinen Platz für völkische Ideologien, Rassismus und Rechtspopulismus.
(<http://friedensdemo.org/>)

Die aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland treiben uns auf die Straße.

Deutschland befindet sich im Krieg fast überall auf der Welt. Die Bundesregierung betreibt eine Politik der drastischen Aufrüstung. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Dieser Politik leisten wir Widerstand. Die Menschen in unserem Land wollen keine Kriege und Aufrüstung – sie wollen Frieden. Die Politik muss dem Rechnung tragen. Wir akzeptieren nicht, dass Krieg immer alltäglicher wird und Deutschland einen wachsenden Beitrag dazu leistet: in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali. Der Krieg in der Ukraine ist nicht gestoppt. Immer geht es letztlich um Macht, Märkte und Rohstoffe. Stets sind die USA, NATO-Mitgliedstaaten und deren Verbündete beteiligt, fast immer auch direkt oder indirekt die Bundesrepublik.

Deutschland befindet sich offiziell nicht im Krieg, denn weder der Bundestag noch die Bundesregierung haben irgendeinem anderen Staat den Krieg erklärt. Weil die Bundesre-

publik Deutschland aber Mitglied der NATO ist, schickt eine Mehrheit des Bundestages auf Antrag der Bundesregierung immer wieder deutsche Soldaten in Kriege, die von den USA angezettelt und von der US-dominierten NATO unterstützt werden. Aus allen einschlägigen Umfragen geht hervor, dass 60 bis 70 Prozent der Deutschen mit allen anderen Staaten und besonders mit Russland in Frieden leben wollen, und diese große Mehrheit gilt es – unabhängig von der politischen Einstellung Einzelner – gegen die wachsende Kriegsgefahr und gegen die Komplizenschaft unserer gewählten Volksvertreter und unserer Regierung mit den US-Kriegstreibern zu mobilisieren.

Krieg ist Terror. Er bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Millionen von Menschen müssen fliehen. Geflüchtete brauchen unsere Unterstützung und Schutz vor rassistischen und nationalistischen Übergriffen. Wir verteidigen das Menschenrecht auf Asyl. Damit Menschen nicht fliehen müssen, fordern wir von der Bundesregierung, jegliche militärische Einmischung in Krisengebiete einzustellen.

Die Bundesregierung muss an politischen Lösungen mitwirken, zivile Konfliktbearbeitung fördern und wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Länder leisten.

Die Menschen brauchen weltweit Gerechtigkeit. Deshalb lehnen wir neoliberale Freihandelszonen wie TTIP, CETA, ökologischen Raubbau und die Vernichtung von Lebensgrundlagen ab.

Deutsche Waffenlieferungen heizen die Konflikte an. Weltweit werden täglich 4,66 Milliarden Dollar für Rüstung verpulvert. Die Bundesregierung strebt an, in den kommenden acht Jahren ihre jährlichen Rüstungsausgaben von 35 auf 60 Milliarden Euro zu erhöhen. Statt die Bundeswehr für weltweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir, unsere Steuergelder für soziale Aufgaben einzusetzen.

Erstes und wichtigstes Ziel ist die Einstellung aller Kampfhandlungen in allen Kriegsgebieten. Damit entfiere die Hauptursache für die immer noch andauernde Massenflucht. Es genügt nicht, nur die Erhaltung des Asylrechts zu fordern, auch die menschenwürdige, Unterbringung, Betreuung, Weiterbildung und Beschäftigung von Flüchtlingen muss gesichert sein. Wenn es gelänge, mit Hilfe der Vereinten Nationen den Wiederaufbau zerstörter Dörfer, Städte und Gesellschaften in Gang zu setzen, würde ein Großteil der Flüchtlinge sicher in ihre Heimatländer zurückkehren.

Die Bundesrepublik Deutschland könnte einen wichtigen Beitrag zur Befriedung der Welt leisten, nicht nur durch ein sofortiges Ausfuhrverbot für Waffen aller Art und sonstige Rüstungsgüter und den Abbruch aller Einsätze der Bundeswehr im Ausland, sondern vor allem dadurch, dass sie allen ausländischen Stationierungsstreitkräften – besonders aber denen der USA – sofort verbietet, ihre Militärbasen auf unserem Territorium und den deutschen Luftraum zur Vorbereitung und Führung völkerrechts- und grundgesetzwidriger Angriffskriege zu nutzen (s. <http://ramsteiner-appell.de/>). Eine gerechtere Welt kann nur aufgebaut werden, wenn überall Frieden herrscht.

Das Verhältnis von Deutschland und Russland war seit 1990 noch nie so schlecht wie heute. Die NATO hat ihr altes Feindbild wiederbelebt, schiebt ihren politischen Einfluss und ihren Militärapparat durch Stationierung schneller Eingreiftruppen, Militärmanöver, dem sogenannten Raketenabwehrschirm – begleitet von verbaler Aufrüstung – an die Grenzen Russlands vor. Das ist ein Bruch der Zusagen zur deutschen Einigung. Russland antwortet mit politischen und militärischen Maßnahmen. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Nicht zuletzt steigert die Modernisierung genannte Aufrüstung der US-Atomwaffen die Gefahr einer militärischen Konfrontation bis hin zu einem Atomkrieg.

Sicherheit in Europa gibt es nur MIT und nicht GEGEN Russland.

Der so genannte NATO-Raketenabwehrschild, der in Wirklichkeit nur aus auf See und an Land stationierten Raketen und Radarstationen der USA besteht (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP06216_170516.pdf), wird von Russland zu Recht als größte Bedrohung angesehen, weil er im Falle eines atomaren Erstschlages der USA und der NATO-Atommächte Großbritannien und Frankreich die noch startenden russischen Interkontinentalraketen über Europa abfangen soll (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP06316_200516.pdf). Da sich in den Rhine Ordnance Barracks bei Kaiserslautern die nur von der US Army betriebene Befehlszentrale des Raketenabwehrschildes und auf der US Air Base Ramstein eine zweite, formell der NATO unterstellte Kommandozentrale befinden (weitere Informationen dazu s. unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP03512_040212.pdf), ginge im Falle eines Atomkrieges mit Russland in der Westpfalz sicher die erste russische Atomrakete nieder – mit katastrophalen Folgen für ganz Süddeutschland.

Wir verlangen von der Bundesregierung:

- den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen
- die drastische Reduzierung des Rüstungsetats
- den Stopp der Rüstungsexporte
- die Ächtung von Kampfdrohnen
- keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands.

Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen. Wir fordern ein Ende der Militarisierung der EU. Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit. Für diese Friedenspolitik setzen wir uns ein.

Der Hauptadressat der Friedensbewegung sollte der Deutsche Bundestag sein, denn dort sitzen unsere gewählten Volksvertreter, die nach Art. 1 (1) Grundgesetz die Gesetze beschließen und damit die nach Art. 20 (2) eigentlich vom Volk ausgehende Staatsgewalt ausüben. Der Bundestag beschließt die Auslandseinsätze der Bundeswehr und den Rüstungsetat und könnte auch den Rüstungsexport stoppen. Die Kampfdrohnen kann weder unser Parlament noch die Bundesregierung ächten, die Bundestagsabgeordneten könnten aber die Bundesregierung per Beschluss auffordern, die SATCOM-Relaisstation auf der Air Base Ramstein zu schließen, über die der gesamte, im völkerrechtswidrigen US-Drohnenkrieg anfallende Datenaustausch abgewickelt wird. Der Bundestag könnte die Bundesregierung per Gesetz auch dazu verpflichten, den Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland zu kündigen; mit der Kündigung des Stationierungsvertrages könnte innerhalb von zwei Jahren die Schließung aller Militärbasen, Depots und Truppenübungsplätze ausländischer Truppen auf unserem Territorium durchgesetzt werden. (Weitere Informationen dazu sind aufzurufen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP08316_010716.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP08516_050716.pdf .)

Wir rufen auf zur bundesweiten Demonstration am 8.10.2016 in Berlin.

Auftaktkundgebung 12 Uhr Alexander Platz/Otto-Braun-Str. / 13 Uhr losgehen
Abschlusskundgebung Brandenburger Tor Platz 18. März (Westseite) gegen 15 Uhr
Ende gegen 17 Uhr.

**Bundesausschuss Friedensratschlag Kooperation für den Frieden
Berliner Friedenskoordination**

Der auf den Seiten 1 bis 3 abgedruckte und kommentierte Aufruf "Die Waffen nieder" wurde am 06.07.16 über eine Presseerklärung bekannt gemacht und kann seit 22.07.16 online unterzeichnet werden.

Am 20.07.16 wurde per Presseerklärung zu einer zweiten "Bundesweiten Friedensdemonstration" am gleichen Tag und ebenfalls am Alexanderplatz in Berlin aufgerufen. Auch diesen Aufruf druckend wir nachfolgend mit einem [Kommentar in friedensblauer Schrägschrift](#) ab.



Bundesweite Friedensdemonstration

(<https://www.evensi.de/bundesweite-friedensdemonstration-alexanderplatz-weltzeituhr/182543761>)

Die Friedensbewegung bundesweite Koordination (FbK) ruft das demokratische Deutschland auf, am **8. Oktober 2016** gemeinsam für Friedenspolitik mit einer realen Handlungsperspektive auf die Strasse zu gehen. Wir werden gemeinsam die zentrale Forderung der klassischen Friedensbewegung „Raus aus der NATO!“ direkt vor die US-Botschaft am Brandenburger Tor tragen. Der Beginn des Demonstrationenzuges ist um **12.00 Uhr** auf dem Berliner **Alexanderplatz, Weltzeituhr**.

Demonstration und Kundgebung sind Teil der bundesweiten Kampagne „Raus aus der NATO!“ und dienen der weiteren Vernetzung lokaler Friedensinitiativen und somit der Stärkung einer breiten, realpolitisch handlungsfähigen Friedensbewegung.

Gemeinsam rufen wir alle Friedensinitiativen und friedliebenden Bürger auf, sich zahlreich zu beteiligen und ein deutliches Zeichen gegen Imperialismus und Krieg zu setzen. Weitere Aktionen der Friedensbewegung werden folgen.

Die "Friedensbewegung bundesweite Koordination (FbK)" ist bisher nicht Erscheinung getreten. Sie wurde vermutlich erst kurz vor der Veröffentlichung dieses Aufrufs gegründet – von Stephan Steins, dem Herausgeber der Website "Die Rote Fahne" (s. <http://rotefahne.eu/friedensbewegung-aktuell/>) und den anderen Unterzeichnern, die unter dem Aufruf stehen. Uns befremdet schon der gewählte Name "Friedensbewegung bundesweite Koordination". Wurde er ausgesucht, weil er mit der seit Jahrzehnten bestehenden "Kooperation für den Frieden" (s. <http://www.koop-frieden.de/aktuelles/mitwirkende.html>), einem Dachverband der Friedensbewegung, dem mehr als 50 friedenspolitische Organisationen und Initiativen angehören, verwechselt werden soll? Außerdem fragen wir uns, was die Aufrufer mit dieser zweiten Demo am gleichen Tag am gleichen Ort bewirken wollen – andere Akzente setzen, andere Leute mobilisieren oder nur spalten? Sie hätten doch einfach mit einem eigenen Aufruf zu der bereits 14 Tage vorher angekündigten ersten Demo einladen können.

Auf der Website "Deutschlands NATO-Mitgliedschaft beenden!" (s. <http://www.neinzurnato.de/>) wird die Forderung "Raus aus der NATO!" schon länger vertreten. Der Deutsche Freidenker-Verband und der Bundesverband Arbeiterfotografie haben bereits im Juli 2015 den Aufruf "Sagt NEIN, ächtet Aggressionen, bannt die Weltkriegsgefahr!" (s. <http://www.neinzurnato.de/wp-content/uploads/2016/05/150718-160222-Kurzfassung-f%C3%BCr-Unterschriften.pdf>) initiiert, in dem diese Forderung erweitert wurde. Sie lautet jetzt: "Deutschland raus aus der NATO – NATO raus aus Deutschland", ist gut begründet und wird bisher von 61 Organisationen unterstützt, die unter http://www.neinzurnato.de/?page_id=173 nachzulesen sind.

Da drängt sich doch der Eindruck auf, dass sich die Aufrufer zur zweiten Demo mit fremden Federn schmücken und an die Spitze der Friedensbewegung setzen wollen, die leider noch immer zerstritten ist und auch von anderen Gruppierungen in bestimmte Richtungen dirigiert und von bestimmten Sachverhalten abgelenkt werden soll.

Wir wissen, dass über die Aufrufer sehr unterschiedliche Meinungen und Gerüchte kursieren, gehen aber bewusst nicht darauf ein, weil wir sie – mit einer Ausnahme – nicht persönlich kennen. Uns interessiert nur der Inhalt des Aufrufes.

Für eine Politik des Friedens und der internationalen Solidarität!

Krieg ist erneut zum dominierenden geostrategischen Element in den internationalen Beziehungen geworden und diese Entwicklung eskaliert durch den Konfrontationskurs der NATO gegen Russland noch weiter. Der Ausbau des US-Kriegskommandos NATO zur aggressiven, imperialistischen Institution mit globalem Machtanspruch ist hierbei vorrangig von Bedeutung.

Die völkerrechtswidrigen Kriege gegen Jugoslawien, Irak, Libyen ebenso wie die verdeckten Kriegsoperationen rund um den Globus haben verdeutlicht, dass die unter US-Oberkommando stehende NATO keineswegs lediglich ein "Verteidigungsbündnis" ist.

Es gilt zu identifizieren, dass all die singulär erscheinenden militärischen und/oder gesellschaftlichen Eskalationen, sei es in Syrien, der Ukraine oder Westeuropa, um nur einige markante Schauplätze zu nennen, Frontabschnitte ein und desselben imperialistischen Krieges sind. Auch die europäischen Staaten und Völker stehen mitten in einem Krieg auf Leben und Tod, in einem Abwehrkampf gegen die Errichtung der globalen Diktatur und zur Verteidigung des internationalen Völkerrechts.

Diese in einer für einen Aufruf wenig geeigneten, weil zu formelhaften Sprache vorgetragene Einschätzung wird auch von wichtigen US-Publizisten und -Analysten geteilt (s. dazu auch http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP09316_180716.pdf, http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP10316_010816.pdf und http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP09316_180716.pdf), von einflussreichen Leuten in der Friedensbewegung aus unerfindlichen Gründen aber immer noch als zu einseitig zurückgewiesen. Wir halten sie für inhaltlich zutreffend und berechtigt.

Deutschland spielt hierbei eine zentrale Rolle, da die BRD für den imperialen Krieg als Standort der Kriegslogistik und geheimdienstliche wie militärische Aufmarschbasis fungiert. Aus diesem Grunde ist die Anwesenheit US-amerikanischer Geheimdienste, Militäreinrichtungen und Truppen auf deutschem Boden von entscheidender Bedeutung. Nur indem die USA weiterhin ihr eigenes künstliches Produkt BRD kontrollieren können, sekundiert durch die nationale deutsche Bourgeoisie, ist es dem Imperium möglich, seine aggressiven Expansionsbestrebungen durchzusetzen.

Die Aussage, die Bundesrepublik Deutschland spiele eine zentrale Rolle in den US- Angriffskriegen, trifft ebenfalls zu, auch wenn sich alle bundesdeutschen Medien bei diesem Thema völlig bedeckt halten und große Teile der Friedensbewegung die große Gefahr, die daraus erwächst, immer noch nicht wahrhaben wollen. Weitere Informationen dazu sind aufzurufen unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20714_291214.pdf und http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP18715_031015.pdf .

Die Bundesrepublik kann aber schon lange nicht mehr als "künstliches Produkt der USA" bezeichnet werden, weil sie spätestens nach der Eingliederung der DDR ein völkerrechtlich vollwertiger Staat geworden ist, der laut Art.7 (2) des Zwei+Vier-Vertrages "volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten hat" und damit auch die volle Verantwortung für alles trägt, was auf seinem Territorium vorgeht. "Reichsbürger", die der Bundesrepublik die Souveränität absprechen wollen, würden damit auch den Bundestag und die Bundesregierung aus ihrer Verantwortung entlassen: In der Konsequenz hieße das, unser Land erneut der Willkür einer von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges bzw. ihren vielen Rechtsnachfolgern zu bildenden Militärregierung auszuliefern.

Es ist daher evident, dass die Herauslösung Deutschlands aus den imperialen Strukturen und namentlich aus der NATO der Schlüssel in der Strategie des antiimperialistischen Widerstandes und der Friedensbewegung ist. Den ganz konkreten und mit Abstand grössten Beitrag, den wir für den Frieden und die internationale Solidarität leisten können, ist aus der imperialen NATO auszutreten. Kein anderes friedenspolitisches Projekt ist dringlicher und wirkmächtiger.

Ein "künstliches Produkt der USA", also deren rechtloses Anhängsel, könnte noch nicht einmal aus der NATO austreten. Außerdem würde ein US-Gouverneur eines US-Protokrates Bundesrepublik vor seinem Amtssitz in Berlin, der dann wohl kaum "US-Botschaft" hieße, ganz sicher keine aufsässigen Friedensaktivisten demonstrieren lassen.

Gez. stellvertretend für die

Friedensbewegung bundesweite Koordination (FbK), Juli 2016

Guido Ciburski, Koblenz – Frank Geppert, Halle – Martin Große, Leipzig – Christian Köhler, Dresden – Stephan Steins, Berlin – Unterstützt durch weitere Medien und Organisationen

Was soll diese Doppeldemo?

Warum können um den Frieden und ihr Leben besorgte Menschen nicht einfach mit unterschiedlichen, aber wichtigen und richtigen Forderungen gemeinsam in unserer Hauptstadt Berlin demonstrieren – und zwar vor dem Reichstag, in dem die von uns gewählten Volksvertreter sitzen, die uns durch Untätigkeit, Fraktionszwang bei Abstimmungen, wegen Koalitionsabsprachen oder Koalitionshoffnungen, aus falsch verstandener Bündnistreue und durch ihr in erster Linie von Eigeninteressen bestimmtes wahltaktisches Verhalten in die gefährliche Situation gebracht haben, in der wir uns jetzt befinden.

In der unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP10216_310716.pdf aufzurufenden LUFTPOST haben wir bereits einen Forderungskatalog veröffentlicht, mit dem sich nicht nur ein Atomkrieg mit Russland verhindern, sondern längerfristig auch das Flüchtlingsproblem lösen ließe. Unser Forderungskatalog ist kein wahllos aneinander gereihtes Sammelsurium, er gibt auch eine zeitliche Reihenfolge vor, weil bestimmte Fristen einzuhalten sind und nicht alle Probleme gleichzeitig angegangen werden können. Nachfolgend drucken wir diesen geringfügig ergänzten Katalog nochmals ab:

Der Bundestag und die Bundesregierung werden aufgefordert, durch die nachfolgend aufgeführten Beschlüsse und Maßnahmen die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem von neokonservativen US-Regierungen inszenierten und fortlaufend geschürten "Krieg gegen den Terror" umgehend zu beenden und aus dem Konfrontationskurs gegen Russland auszuscheren:

1. Einstellung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr
2. Ausfuhrstopp für sämtliche in der Bundesrepublik Deutschland hergestellten Waffen
3. Sofortiges Verbot aller von ausländischen Basen in der Bundesrepublik ausgehenden völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffshandlungen, z. B. der Steuerung der US-Kampfdrohnen via Ramstein
4. Antrag der deutschen Bundesregierung an die Regierungen der anderen NATO-Staaten, die in Art. 12 des Nordatlantikvertrages vorgesehene Überprüfung dieses Vertrages im Hinblick auf aktuelle Fehlentwicklungen wie den unverantwortlichen Konfrontationskurs gegen Russland vorzunehmen
5. Kündigung des Vertrages über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland – des so genannten Stationierungsvertrages
6. Verwendung der bisher von ausländischen Truppen genutzten, dann freiwerdenden Wohnanlagen, Truppenunterkünfte und zivil nutzbaren Einrichtungen für die menschenwürdige Unterbringung, Betreuung, Weiterbildung und Beschäftigung von Flüchtlingen
7. Aufnahme von Verhandlungen mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge über sinnvolle Hilfen beim Wiederaufbau und über die Wiedereingliederung rückkehrwilliger Flüchtlinge
8. Unterstützung aller internationalen Bemühungen zur Beendigung von Kampfhandlungen und zur friedlichen Beilegung von Konflikten
9. Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO

Bereits in der unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP08516_050716.pdf aufzurufenden LUFTPOST haben wir folgenden Vorschlag gemacht:

Wenn die Friedensbewegung noch in diesem Jahr eine Kampagne startet, mit dem Ziel, die Kündigung des Stationierungsvertrages und den Austritt aus der NATO zu ihren zentralen Wahlkampfthemen zu machen, und öffentlich verkündet, dass Kandidaten, die diese beiden Forderungen nicht unterstützen, für Menschen, die in Frieden leben wollen – also für die überwältigende Mehrheit der stimmberechtigten Bundesbürger – nicht wählbar sind, könnte sie wirklich etwas bewegen.

Diesen Vorschlag möchten wir noch ergänzen. Nach unserem Wahlrecht können bei einer Bundestagswahl in jedem Wahlkreis auch von Parteien unabhängige Direktbewerber kandidieren, das heißt, der Bewerber wird nicht von einer Partei sondern von einzelnen Wahlberechtigten im Kreiswahlvorschlag vorgeschlagen bzw. unterstützt. Gemäß § 20 Abs. 3 BWahlG müssen die Kreiswahlvorschläge unabhängiger Kandidaten, die das passive Wahlrecht besitzen, von mindestens 200 Wahlberechtigten des Wahlkreises persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein (s. dazu auch <http://www.wahlrecht.de/lexikon/parteilose.html> und <https://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/downloads/rechtsgrundlagen/bundeswahlgesetz.pdf>).

Bei der Bundestagswahl 2017, die vermutlich im September stattfinden wird, könnten also in Wahlkreisen, in denen die Friedensbewegung stark genug ist, um 200

Unterschriften einzusammeln, unabhängige Bewerber, die für die Kündigung des Stationierungsvertrages und den Austritt aus der NATO eintreten, mit tatkräftiger Unterstützung anderer Friedensaktivisten den Parteienbewerbern, die nur gewählt oder wiedergewählt werden wollen, das Leben ziemlich schwer machen. Es wäre noch genügend Zeit für entsprechende Kurskorrekturen und eine Kampagne, mit der die Friedensbewegung alle wichtigen Informationen unters Wahlvolk bringen und ihm die wachsende Kriegsgefahr bewusst machen könnte.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern